

BUNDESSCHÜLER*INNENKONFERENZ

Gemeinsames Statement der Landesschülervertretungen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zum logo!-Interviewformat

Vorbemerkung der Bundesschüler*innenkonferenz

Wir als Bundesschüler*innenkonferenz (BSK) sind der Zusammenschluss von 15 Landesschüler*innenvertretungen der deutschen Bundesländer. Als Dachverband bekommen wir von unseren Mitgliedern Unterstützung im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Bei Themen, die unsere Mitglieder betreffen, unterstützen wir ebenfalls. Die Vorkommnisse zwischen den Landesvertretungen und dem ZDF haben uns somit auch berührt und dazu bewegt, dieses Statement mitzutragen, auch wenn die Betroffenen natürlich die Landesvertretungen sind.

Gemeinsames Statement der Landesschülervertretungen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zum logo!-Interviewformat

Der Landesschülerrat Mecklenburg-Vorpommern hat eine Einladung des ZDF abgelehnt, im Rahmen der "logo!"-Kindernachrichten ein Interview mit dem Landesvorsitzenden der AfD Mecklenburg-Vorpommern, Enrico Schult, zu führen. Grundlage war dasselbe Konzept, das vergangene Woche beim Interview der ehemaligen sachsen-anhaltischen Landesschülersprecherin Lucienne Balke mit dem AfD-Spitzenkandidaten Ulrich Siegmund bundesweit für Diskussionen gesorgt hat.

Wir stehen an dieser Stelle ausdrücklich an der Seite von Lucienne Balke. Sie hat sich in gutem Glauben auf ein Format eingelassen, für dessen strukturelle Schwächen sie nicht verantwortlich ist. Die Kritik der vergangenen Tage darf sich nicht an einer einzelnen ehemaligen Schülervertreterin festmachen, sondern muss sich an das Format selbst richten.

Warum wir das Interview nicht führen werden

Für Dienstag, den 08.09., war im selben Format wie beim Interview mit Ulrich Siegmund ein Gespräch mit dem Landesvorsitzenden der AfD Mecklenburg-Vorpommern, Enrico Schult, vorgesehen. Nach Prüfung der dafür vorgesehenen Bedingungen haben wir dem ZDF eine Reihe von Mindestvoraussetzungen genannt, die aus unserer Sicht notwendig sind, damit ein solches Interview seiner Verantwortung gegenüber jungen Zuschauer*innen gerecht wird. Dazu gehören eigene Fragen, ausreichende Vorabinformation zu den zu erwartenden Positionen, professionelle medienpraktische Vorbereitung sowie eine Möglichkeit zur Einordnung strittiger Aussagen. Denn ohne diese Möglichkeit zur Richtigstellung hätte eine in Teilen gesichert rechtsextreme Partei am Dienstag, den 08.09., unwidersprochen ihre

Positionen verbreiten können, ohne dass wir das im Interview selbst hätten einordnen oder korrigieren können. Das hätte im Ergebnis verharmlost, wofür diese Partei steht, und das können wir nicht verantworten.

Diese Bedingungen können seitens des ZDF bis zur gesetzten Frist nicht umgesetzt werden. Deshalb wird das Interview in der geplanten Form nicht stattfinden.

Das ist kein Rückzug aus Bequemlichkeit. Wir weichen der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Positionen nicht aus. Im Gegenteil, genau weil wir sie ernst nehmen, können wir sie nicht in einem Format führen, das uns als Fragende auf reine Stichwortgeber reduziert, ohne Raum für Einordnung, Rückfrage und Richtigstellung zu lassen. Ein Interviewformat, das keine kritische Nachfrage zulässt, kehrt den Beutelsbacher Konsens in sein Gegenteil um. Statt Kontroverses kontrovers abzubilden, verschafft es einer Seite eine unwidersprochene Bühne.

Uns geht es dabei nicht darum, Berichterstattung über AfD-Politiker*innen oder Interviews mit ihnen grundsätzlich abzulehnen. Im Gegenteil, das gehört zu einer verantwortungsvollen Darstellung politischer Positionen dazu. Der Unterschied liegt in der Einordnung. Professionelles Training, verlässliche Fakteninformationen im Vorfeld und ein Faktencheck-Team vor Ort sind keine Sonderwünsche, sondern die Mindestausstattung, damit Aussagen direkt und live eingeordnet werden können und nicht, wie beim ersten Interview, weitgehend unwidersprochen und nicht ausreichend eingeordnet stehen bleiben. Berichterstattung bedeutet Einordnung, nicht Bühne ohne Widerspruch.

Kein Vorwurf an einzelne Personen

Wir haben am Sonntag, den 06.09., ein ausführliches Gespräch mit der verantwortlichen Redaktionsleitung von "logo!" geführt. Unser Eindruck daraus ist, dass es keine Absicht gab, Schülervertreter*innen bewusst als Feigenblatt oder Dekoration einzusetzen. Das Format ist an der Praxis gescheitert, nicht an bösem Willen. Genau deshalb geht es uns nicht darum, das ZDF oder einzelne Mitarbeitende an den Pranger zu stellen, sondern darum, klarzumachen, dass Formate mit echter journalistischer Substanz und ausreichend Vorbereitungszeit entstehen müssen, wenn Schüler*innen als Interviewende mit Politiker*innen gesicherter oder beobachteter rechtsextremer Parteien konfrontiert werden.

Uns ist bekannt, dass das ZDF erst nach der öffentlichen Kritik am ersten Interview Unterstützung für Lucienne Balke angeboten hat. Das zeigt genau das Problem, auf das wir hinweisen wollen. Unterstützung darf keine nachträgliche Reaktion auf einen Shitstorm sein, sondern muss von vornherein Teil des Formats sein, und zwar bevor und nicht erst nachdem eine einzelne Schülervertreterin damit allein dasteht.

Bundesweite Unterstützung

Wir führen diese Auseinandersetzung nicht allein. Die Bundesschüler*innenkonferenz (BSK), der Dachverband von 15 Landesschüler*innenvertretungen, unterstützt unsere Position und trägt sie mit, damit dieses Thema die mediale Aufmerksamkeit bekommt, die es verdient. In diesem Zusammenhang verweisen wir auch auf die Petition „KIKA: Keine Bühne für Rechtsextreme bei logo!“. Sie macht deutlich, dass die Frage nach dem Umgang mit rechtsextremen Positionen im Kinder- und Jugendfernsehen viele Menschen bewegt. Es geht dabei nicht um einen Konflikt zwischen Schüler*innen und ZDF, sondern um eine Debatte darüber, wie politische Positionen im öffentlich-rechtlichen Kinderfernsehen verantwortungsvoll dargestellt werden können.

Unser Angebot

Wir sind weiterhin gesprächsbereit. Wenn das ZDF ein Format entwickelt, das Schülervertreter*innen tatsächlich in die Lage versetzt, kritisch, informiert und ohne Angst vor einer öffentlichen Reaktion aufzutreten, stehen wir für kritische Gespräche mit Vertreter*innen kontroverser politischer Positionen zur Verfügung. Bis dahin gilt, dass wir nicht aus Angst schweigen. Wir stellen Bedingungen aus Verantwortung.

Kontakte

Landesschülerrat Mecklenburg-Vorpommern

Felix Wizowsky - Vorstandsvorsitzender
mail@landesschuelerrat-mv.de
+4915208852030



Landesschülerrat Sachsen-Anhalt

Yara Saado - Vorsitzende
yara.saado@landesschuelerrat-lsa.de
+4917687975482



Bundesschüler*innenkonferenz

Isabelle Seltenreich – Ansprechpartnerin Presse
presse@bundesschuelerinnenkonferenz.com
+4915792467559

BUNDESSCHÜLER*INNENKONFERENZ

Pressekontakt | Isabelle Seltenreich
presse@bundesschuelerinnenkonferenz.de | +4915792467559
% Stiftung Bildung – Am Festungsgraben 1 – 10117 Berlin
www.bundesschuelerkonferenz.com



Die ständige Konferenz der
Landesschülervertretungen
der Länder in der
Bundesrepublik Deutschland